

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 14.06.2011 im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn

Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	46325 Borken	
Frau Dr. Mariele Averkamp	48734 Reken	
Herr Arno Berning	46348 Raesfeld	(Bis TOP 4, 19.45 Uhr)
Herr Ralf Bertram	46395 Bocholt	(Bis TOP 4, 19.45 Uhr)
Herr Günter Kendzierski	48599 Gronau	(Bis TOP 3, 19.30 Uhr)
Herr Berthold Langehaneberg	48739 Legden	Vertretung für Frau Silke Sommers
Herr Paul Lensing	46325 Borken	Vertretung für Frau Stephanie Pohl
Herr Peter Schemitzek	48599 Gronau	
Herr Hermann Gebbing	46419 Isselburg	Vertretung für Herrn Reimar Ohström (Bis TOP 4, 19.45 Uhr)
Herr Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	Vertretung für Herrn Michael Hertz
Frau Uta Röhrmann	46399 Bocholt	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Herr Andreas Wethmar	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Josef Leinen (Bis TOP 3, 19.30 Uhr)
Frau Gertrud Welper	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Herbert Krause

Es fehlt entschuldigt:

Frau Marita Wagner 48599 Gronau

Gast:

Herr Dr. Heinrich Render

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Dr. Ansgar Hörster
Herr Reinhard Groschke
Frau Annette Scherwinski
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Frau Susanne Lökes
Frau Karin Ostendorff
Herr Dr. Ettliger
Frau Reinhild Wantia

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Barbara Büscher eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Sie setzt die Ausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass das stellvertretende Ausschussmitglied Frau Walburga Schmitz aus Vreden am 13.06.2011 verstorben ist. Es wird eine Gedenkminute für die Verstorbene eingelegt.

**Punkt 1: Entwurf zum Kompass Kreis Borken 2025
Vorlage: 0134/2011**

Berichterstatte(r)in: Frau Gausling

Ausschussmitglied Dr. Averkamp schlägt vor, sich in der heutigen Sitzung nicht inhaltlich mit dem Entwurf des Kompass 2025 zu befassen. Auf Grund der vielen Anregungen und Stellungnahmen solle die Verwaltung diese zunächst bündeln, eine synoptische Gegenüberstellung erstellen, falls erforderlich bewerten und zur nächsten Sitzung vorlegen. In der Sitzung am 27.09.2011 solle dann eine inhaltliche Befassung mit den nachstehenden Schwerpunkt-Themen erfolgen:

1. Mobilität
2. Ehrenamt
3. Inklusion
4. Pflege
5. Menschen mit Behinderungen
6. Verbandliche Strukturen

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einvernehmen über diese Vorgehensweise. Es wird vereinbart, dass in der Septembersitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nur dieser Beratungspunkt auf der Tagesordnung stehen soll.

Daraufhin formuliert Vorsitzende Büscher den Beschlussvorschlag wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die weitere Beratung alle eingegangenen Anregungen und Hinweise zu bündeln, mit einer Einschätzung zu versehen und in einer synoptischen Gegenüberstellung für die weiteren Beratungen darzustellen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wird den Entwurf des Kompass 2025 inhaltlich in seiner Sitzung am 27.09.2011 behandeln. Grundlage für die Beratung soll die synoptische Aufbereitung folgender Themenfelder sein:

1. Mobilität
2. Ehrenamt
3. Inklusion
4. Pflege
5. Menschen mit Behinderungen
6. Verbandliche Strukturen

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Punkt 2: Informationen zum Modellprojekt "Bürgerarbeit" und zur Instrumentenreform im SGB II/SGB III

Berichterstatterin: Frau Lökes

Frau Lökes informiert über den aktuellen Stand bei der Umsetzung des Projektes „Bürgerarbeit“ im Kreis Borken.

Die Frage von Ausschussmitglied Schulte, nach weiteren Informationen zur Vergütung für Beschäftigte im Projekt „Bürgerarbeit“, wird wie folgt beantwortet:

1. Anforderungen an die Beschäftigung

• Sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis (ohne Beiträge zur Arbeitslosen-Versicherung)	
• Arbeitszeit:	30 Std./Woche oder 20 Std./Woche
• Bruttoarbeitsentgelt:	mind. 900 € mtl. (bei 30 Std./Woche) bzw. 600 € mtl. (bei 20 Std./Woche)
• max. Förderhöhe (an den Arbeitgeber):	Mindest-Bruttoarbeitsentgelt zzgl. Sozialversicherungsaufwand (180 € bzw. 120 €)
• Förderzeitraum:	Jeder Arbeitsplatz kann für max. 36 Monate und längstens bis zum 31.12.2014 gefördert werden

2. Anforderungen an den Arbeitgeber

• Tariflohn:	Einschlägige tarifliche Regelungen sind anzuwenden.
• Förderung:	<ul style="list-style-type: none"> – Der Arbeitgeber ist Antragsteller und Zuwendungsempfänger. – Die Fördermittel werden direkt an den Arbeitgeber gezahlt. – Die Zuwendung erfolgt aufgrund regelmäßiger Mittelanforderung. – Die zweckgemäße Verwendung der Mittel ist nachzuweisen.

Frau Lökes gibt einen Überblick über den Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt („Instrumentenreform“).

Unter Bezug auf die Anfrage der Kreistagsabgeordneten Welper aus der Kreistagsitzung vom 19.05.2011 gibt Frau Lökes einen Überblick zur Situation der Menschen mit Behinderungen im SGB II.

Die gezeigten Folien sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 3: Trägerunabhängiges "Pflegerberatungskonzept für den Kreis Borken"
Vorlage: 0131/2011

Berichterstatterin: Frau Ostendorff

Frau Ostendorff erläutert das in der Sitzungsvorlage dargestellte Konzept für eine trägerunabhängige Pflegerberatung im Kreis Borken.

Nach eingehender Diskussion lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt dem „Pflegerberatungskonzept für den Kreis Borken“ zu.

Punkt 4: Tätigkeitsbericht der Aufsichtsbehörde nach § 16 Abs. 3 Wohn- und Teilhabegesetz (Heimaufsicht)

Berichterstatterin: Frau Ostendorff

Frau Ostendorff gibt einen Überblick über die Arbeit der „Heimaufsicht“ in den Jahren 2009 und 2010. Die gezeigten Folien sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Punkt 5: Aktueller Sachstand und Planungen zur Alkoholpräventionskampagne "Vollrausch ... ohne mich"

Berichterstatterin: Frau Wantia

Frau Wantia stellt die Aktivitäten seit dem letzten Bericht im Ausschuss am 06.12.2010 dar. Die risikospezifische Ausrichtung solle auch in 2011/12 weitergeführt werden.

Am 19.01.2011 habe eine Fachtagung zu dem Projekt „KATERtALK“ für Kinder und Jugendliche nach Krankenhaus-Entgiftung stattgefunden. Als Ergebnis könne festgehalten werden, dass die kreisweite Umsetzung intensiver verläuft, weil das Angebot durch die Berichte aus den Kreisen Warendorf und Coesfeld sowie aus der Stadt Bocholt für die hiesigen Krankenhäuser deutlicher und praktikabler geworden sei. Die Zusammenarbeit mit den regionalen Suchtberatungsstellen in Ahaus, Gronau, Borken und Bocholt sei vereinbart. Besondere Kooperationsabsprachen würden mit dem St. Vincenz-Hospital in Coesfeld getroffen, weil dort viele junge Patienten aus dem Nordkreis eingeliefert würden. Seit Oktober 2009 bis heute hätten 114 Personen teilgenommen mit einem Durchschnittsalter von 15,7 Jahren und einem Durchschnittspromillewert von 2,1.

Auf der Fachtagung in Raesfeld sei auch das Thema **Kinder aus suchbelasteten Familien** behandelt worden. Ein Interessen- und Ideenauftrag für integrative Angebote an diese Ziel-

gruppe aus dem Preisgeld der Bundesdrogenbeauftragten (7.500 €) sei erfolgt. Von 8 Interessenten hätten 3 nähere Konzepte zur Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe, Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie vorgelegt, die vom Fachbereich Gesundheit derzeit geprüft würden. Zudem werde derzeit aus dem Preisgeld ein musikalisches Präventionsangebot für diese Zielgruppe in Zusammenarbeit mit der Landesfachstelle für Suchtprävention (GINKO in Mülheim) entworfen.

Aktivitäten:

- Die alkoholfreie Cocktailbar wird durchschnittlich 3x monatlich verliehen (Jugendverbände, Sportvereine, Schulen, Messdiener etc.).
- Vielfältige Präventionsaktionen im Karneval werden in den Städten und Gemeinden durchgeführt.
- Das Kampagnenmaterial wird gut angenommen, teilweise ist es bereits vergriffen.
- Überregionales Interesse ist vorhanden z. B. Kommunale Gesundheitskonferenz Unna, GINKO Mülheim, LWL Münster.

Weitere Aktivitäten seien für die Aktionswoche zur Suchtvorbeugung geplant, die alle drei Jahre an wechselnden Orten im Kreisgebiet stattfindet. Die nächste Veranstaltung finde im Jahr **2012** in Ahaus statt.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

u. a.

- EHEC-Erkrankung
 - Umsetzungsstand Bildungs und Teilhabepaket SGB II
 - Kennzahlenvergleich SGB II
 - MRSA Qualitätssiegel
 - Umgang mit Demenz in Krankenhäusern/Fragebogenaktion
 - Zahngesundheit "Modellprojekt Gronau"
-

Punkt 6.1: EHEC – Erkrankungen

Zu den EHEC-Erkrankungen berichtet Herr Dr. Ettliger, dass im Kreis Borken bisher vier Fälle gemeldet worden seien. Von diesen würden zz. noch zwei im Krankenhaus behandelt, zwei Personen hätten das Krankenhaus bereits wieder verlassen. Bei den Fällen im Kreis Borken sei **kein** hämolytisch-urämisches Syndrom (HUS) aufgetreten.

Von den Bundesbehörden (z. B. Robert-Koch-Institut – RKI -) sei die Warnung vor dem Verzehr von Gurken, Tomaten und Blattsalat aufgehoben worden. Die Warnung vor dem rohen Verzehr von Sprossen bestehe weiterhin. Auch sollten alle Lebensmittel, die aus einem Betrieb in Niedersachsen stammen, aus dem Verkehr gezogen werden. Die üblichen Hygieneempfehlungen im Umgang mit Lebensmitteln und Patienten seien streng zu befolgen.

Die Anfrage der SPD-Fraktion zur Überwachung von Biogasanlagen und Mastbetrieben werde im nächsten Unterausschuss behandelt. Aus infektionshygienischer und umweltmedizinischer Sicht gebe es derzeit keinen belastbaren Hinweis auf EHEC-Infektionen ausgehend von Gärrückständen aus Biogasanlagen oder von Bioaerosolen aus Mastbetrieben. Vielmehr wiesen die Ergebnisse des RKI zur Erforschung der Übertragungswege inzwischen eindeutig auf Sprossen als Infektionsquelle hin. Allerdings sei nach wie vor unklar, wie der EHEC-Keim auf die Sprossen gelange. Gegenwärtig werde geprüft, ob möglicherweise schon das Saatgut kontaminiert gewesen sei.

Punkt 6.2: Umsetzungsstand Bildungs- und Teilhabepaket SGB II

Herr Ritter berichtet, dass am 18. Mai eine weitere Besprechung mit den Städten und Gemeinden stattgefunden habe, in dem die Umsetzungsprobleme eingehend besprochen worden sind.

Die Städte und Gemeinden bemühten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die neuen Leistungen hinzuweisen und sie zu bewerben. Gespräche mit Schulen und Vereinen hätten vor Ort stattgefunden. Die vorhandenen Ortskenntnisse seien bei der Umsetzung von besonderem Vorteil. Die ersten Bewilligungen für Leistungsberechtigte aus dem SGB II seien auch bereits erfolgt. Die vorliegenden Anträge (mehr als **1.600**) würden sukzessive abgearbeitet.

Die **Rechtsverordnung** zur Umsetzung der Regelungen für die **Wohngeld-** und **Kinderzuschlagsbezieher** werde wohl nicht vor Ende Juli 2011 vorliegen. Die Bitte des Ministers, auch **ohne Rechtsgrundlage** Leistungen zu bewilligen, würden die Städte u. Gemeinden erfüllen. Vorher müssten jedoch noch zusätzlich Lizenzen für das EDV-Programm beschafft werden und die Programmergänzungen müssten im vorhandenen Programm eingearbeitet werden. Geplanter Start für die Bewilligungen für Wohngeld- und Kinderzuschlagsbeziehern sei die 26. Woche.

Punkt 6.3: Kennzahlenvergleich SGB II

Herr Dr. Hörster erklärt, die von der Verwaltung herausgegebene Presseerklärung zu dem Thema werde der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Punkt 6.4: MRSA-Qualitätssiegel

Frau Scherwinski berichtet, dass sämtliche Krankenhäuser im Kreis Borken das MRSA-Qualitätssiegel im Rahmen des EurSafety Health-net am 24.06.2011 verliehen bekommen würden. Dies bedeute, dass diese Krankenhäuser definierte Qualitätsziele erreicht hätten, insbesondere hätten sie regelmäßig bei der Krankenhausaufnahme Risikopersonen auf MRSA gescreent, konsequente Sanierungsmaßnahmen entlang des MRSA-Kreislaufes durchgeführt sowie Fortbildungsmaßnahmen zum Thema MRSA angeboten. Weiterhin hätten sämtliche Krankenhäuser ihre Antibiotikaverordnung gesondert aufgezeichnet und kritisch durchleuchtet.

Punkt 6.5: Umgang mit Demenz in Krankenhäusern/Fragebogenaktion

Frau Scherwinski berichtet, dass der Fachbereich Gesundheit z.z. einen Demenzbericht erstelle, der bis zur nächsten Kommunalen Gesundheitskonferenz fertiggestellt werden solle. Zusammen mit dem Demenz-Service-Zentrum in Münster habe der Fachbereich Gesundheit einen Fragebogen für die Krankenhäuser im Kreis Borken entwickelt, um eine Situationsanalyse zur Behandlung von Menschen, die mit der Nebendiagnose Demenz in ein Akutkrankenhaus aufgenommen würden, zu erstellen und auch mögliche Defizite zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. In den Vorgesprächen habe sich herausgestellt, dass diese Fragebogenaktion für die Krankenhäuser sehr aufwändig wäre und viele Daten bereits jetzt von den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt werden könnten. So würde der Klinikverbund statistische Grunddaten zu diesem Personenkreis zur Verfügung stellen. Anschließend würden Gespräche mit den Pflegedienstleitern der Krankenhäuser geführt, um ge-

meinsam mögliche Strategien zur Verbesserung der Versorgung demenzerkrankter Patienten im Kreisgebiet zu entwickeln.

Punkt 6.6: Zahngesundheit „Modellprojekt Gronau“

Herr Dr. Ettliger berichtet, dass am Montag, 23.05.2011, das zweite Gespräch zwischen dem Jugendamt der Stadt Gronau, dem Gesundheitsamt des Kreises Borken und den Leiterinnen der Kindertagesstätten in Gronau stattgefunden habe. Vorausgegangen sei ein erstes Gespräch am 25.01.2011 sowie eine Beratung der KiTa-Leitungen am 23.02.2011. Letztere habe zum Ergebnis, dass man sich dem Vorschlag jährlicher Kontrollen der vom Gesundheitsamt zu entwickelnden zahnärztlichen Vorsorgehefte anschließen wolle, die Idee der Zahnpaten aber nicht wünsche.

Vor diesem Hintergrund sei am 23.05.2011 das endgültige Verfahren vorgestellt worden:

1. Elternbrief und zahnärztliches Vorsorgeheft:

Das Jugendamt der Stadt Gronau schickt an alle Eltern der 2,5- bis 6-jährigen Kinder, soweit sie nicht im Kindergarten sind, einen Brief mit der Aufforderung, die regelmäßigen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch zu nehmen und im Vorsorgeheft dokumentieren zu lassen. An die Eltern der Kita Kinder verteilen die Erzieherinnen Briefe und Vorsorgehefte. Für nicht krankenversicherte Migrantenkinder übernimmt das Sozialamt der Stadt Gronau die Kosten.

2. Arztbrief und zahnärztliches Vorsorgeheft

Das Gesundheitsamt verschickt an die Zahnärzte, Kinderärzte und Hausärzte in Gronau und Epe einen Brief mit Informationen über das Zahngesundheitsprojekt. Der Brief an die Zahnärzte enthält die Bitte, von einer Gebühr für das Ausfüllen des Vorsorgeheftes abzusehen, damit finanziell schlechter gestellte Familien nicht abgeschreckt werden. Für Kinder, die (aus welchen Gründen auch immer) kein zahnärztliches Vorsorgeheft haben, liegen jedem Anschreiben einige Exemplare des Vorsorgeheftes bei.

3. Jährliche Kontrolle der zahnärztlichen Vorsorgehefte

Die KiTas überprüfen im Zusammenhang mit den Neuaufnahmen (deren kinderärztliche Vorsorgehefte ohnehin überprüft werden müssen) die zahnärztlichen Vorsorgehefte aller Kita Kinder. Die Eltern der Kinder, die keine Früherkennungsuntersuchung oder zahnärztliche Untersuchung nachweisen können, bekommen eine Erinnerungskarte von der Kita.

4. Erfolgskontrolle

Einerseits werden die KiTas jährlich einmal feststellen, wie groß der Anteil der Kinder ist, die im zurückliegenden Jahr - mit und ohne Erinnerung - die zahnärztliche Vorsorge in Anspruch genommen haben. Andererseits wird der zahnärztliche Dienst des Gesundheitsamtes in den kommenden Jahren bei den Reihenuntersuchungen in den Grundschulen auswerten, inwieweit sich die Zahngesundheit der Gronauer Kinder verbessert hat - mehr naturgesunde Gebisse, mehr sanierte Zähne, weniger behandlungsbedürftige kariöse Zähne.

Die Aktion solle noch vor den Sommerferien anlaufen. Sobald sich das zahnärztliche Vorsorgeheft bewährt habe, solle es mit einem zeitlichen Versatz von 6 bis max. 12 Monaten im gesamten Kreisgebiet verteilt werden.

Punkt 7: Anfragen

**Punkt : Wegfall des Ersatzdienstes in Alteneinrichtungen, Krankenhäusern etc.
Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.05.2011
Vorlage: 0133/2011**

Herr Groschke erklärt, dass beim Kreis Borken keine Daten und Erkenntnisse über die von der SPD-Fraktion begehrten Informationen vorhanden seien. Deshalb habe er die zuständige Bundesbehörde, das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Köln angeschrieben und um Beantwortung der Fragen gebeten. Er hoffe die Anfrage in der nächsten Sitzung des Ausschusses beantworten zu können.

Herr Dr. Hörster ergänzt, vorab würden der Niederschrift Presseberichte aus dem Kreisgebiet zu dem Thema als Anlage 4 beigefügt.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 20.30 Uhr.

Barbara Büscher

Hans Ritter

V 2	FBL 53	FBL 50